

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 18. September 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

P 867 Postulat Wyss Josef und Mit. über den maximalen Nutzen des Durchgangsbahnhofs Luzern für die Region und den Kanton Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.
Martin Steiner beantragt Ablehnung.

Josef Wyss ist nicht mehr im Rat vertreten. Das Postulat wurde von Martin Birrer übernommen. Martin Birrer hält am Postulat fest.

Martin Birrer: Der Durchgangsbahnhof Luzern (DBL) ist ein Jahrhundertbauwerk. Die Auswirkungen während des Baus und nach dem Bau sind für die Stadt Luzern, aber auch für die ganze Agglomeration gravierend und massiv. Der Regierungsrat beantragt die Erheblicherklärung und zeigt damit die Wichtigkeit des Postulats. Mit der Erheblicherklärung können wir davon ausgehen, dass die Agglomeration nicht vergessen geht und auch Nutzen aus dem Bau des DBL ziehen kann. Die Gemeinden rund um Luzern dürfen aber auch auf diesen Nutzen warten, denn während des Baus leiden sie stark darunter. Der DBL muss für den ganzen Kanton Nutzen und Freude bringen. Deshalb ist es wichtig, das Postulat erheblich zu erklären.

Bernhard Steiner: Das Postulat ist ein gutes Beispiel, wie man in eine komplexe und vielschichtige politische Materie so etwas wie Goldgräberstimmung bringen kann. Die Umsetzung des geplanten DBL ist jetzt schon sehr kostspielig. Nun sollen verschiedene Regionen aktiv in diesen Prozess eingebunden werden, und die Gemeinden dürfen quasi eine Wunschliste erstellen, welche Investitionen in die Bahninfrastruktur aus ihrer Sicht nötig sind. Viele der vorgeschlagenen Massnahmen haben aber wenig mit der direkten Funktionalität des DBL zu tun und dürften deshalb unter der Rubrik «Ausbau der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs» verbucht werden. Aus Sicht der SVP-Fraktion sollte eine zentrale und einheitliche Planung des DBL und der dafür notwendigen Schieneninfrastruktur erfolgen. Das vorliegende Postulat schafft nicht nur die Gefahr von Doppelspurigkeiten, sondern auch zusätzliche Begehrlichkeiten. Wenn wir jetzt die grosse und offene Wunschliste entgegennehmen, laufen wir Gefahr, dass das sehr teure Jahrhundertprojekt DBL auch in der Peripherie ohne nachgewiesene Notwendigkeit massiv verteuert wird. Wir sehen die Absicht des Postulanten für eine weitsichtige Planung, aber auch eine grosse Gefahr von anfallenden Zusatzkosten, von sogenannten «Nice to have»-Projekten, die nicht mehr bezahlbar sind. In diesem Sinn beantragen wir die Ablehnung des Postulats.

Franziska Röllli: Der DBL ist sowohl für den öffentlichen Verkehr (ÖV) wie auch für das gesamte Verkehrssystem das Tor in die Zukunft unserer Region. Das Vorprojekt der SBB,

welches im Frühling abgeschlossen wurde, stellt einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zum DBL dar. Vor allem auf Bundesebene sind noch einige wichtige Entscheidungen zu treffen. Aus Sicht der GLP-Fraktion soll jedoch bereits jetzt mit einer Investitionsprüfung begonnen werden, um geeignete Begleitmassnahmen zu eruieren, welche die Wirkung des Projektes für unseren Kanton vergrössern. In diesem Sinn unterstützen wir die Erheblicherklärung des Postulats.

Hasan Candan: Auch für die SP-Fraktion ist es unbestritten, dass der DBL eines der wichtigsten zukünftigen Projekte für die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Umwelt in unserem Kanton ist. Deshalb setzen wir uns seit Jahren dafür ein, dieses Projekt zu sichern. Wir haben auch immer wieder unser Unbehagen ausgedrückt, dass der Kanton, die Regierung und die Ständesvertreterinnen und -vertreter sich zu wenig stark für das Projekt einsetzen. Wir haben immer gefordert, dass wir die finanziellen Mittel sichern. Letztes Jahr haben wir uns für einen Infrastrukturfonds eingesetzt. Dieser wurde aber abgelehnt. Weil wir die Sicherstellung der Finanzierung sehr wichtig finden, stimmen wir der Erheblicherklärung zu. Ich möchte trotzdem kurz in die Vergangenheit zurückblicken. Das Postulat stammt von der Mitte-Fraktion, die sich nun als die Retterin der Finanzierung aufplustert. Vor 20 Jahren gab es eine ausserordentliche Session des Grossen Rates. Diese wurde im Bahnhof Luzern durchgeführt. Damals hat die SP-Fraktion einen Antrag gestellt, dass das Projekt vorfinanziert wird. Gemäss der heutigen Stellungnahme der Regierung ist das nicht möglich, aber früher war es möglich. Wenn Sie damals auf die SP-Fraktion gehört hätten, würde bald der Spatenstich erfolgen, dessen bin ich mir sicher. Hören Sie in Zukunft also besser auf uns. Ich finde es ein Armutszeugnis der acht Zentralschweizer Ständesvertreterinnen und -vertreter, dass sie es nicht zustande bringen, in Bern geschlossen für dieses Anliegen zu weibeln. Ihre einzige Lösung scheint zu sein, nun das Volk einzubinden. Ich erwarte doch etwas mehr von den Ständesvertreterinnen und -vertretern.

Daniel Gasser: Als Vertreter eine Portalgemeinde ist es mir enorm wichtig, mich zu diesem Thema zu äussern. Ich habe schon mehrmals betont, dass wir als Gemeinde sowohl mit den SBB wie auch mit dem Kanton in gutem Austausch stehen. In der Stellungnahme der Regierung wird aufgezeigt, was bereits aufgegleist wurde. So konnten wir beispielsweise das Portal neu positionieren. Es läuft aber noch mehr im Hintergrund, das noch nicht öffentlich gemacht wurde. Bei der Bevölkerung spüre ich aber immer grösser werdende Ängste und eine Skepsis, gerade bei uns im betroffenen Gebiet mit den Bauinstallationsplätzen. Es ist wichtig, jede Möglichkeit zu ergreifen, um offen zu kommunizieren und Massnahmen zur Verbesserung aufzuzeigen. Deshalb bitte ich Sie wirklich, das Postulat erheblich zu erklären.

Korintha Bärtsch: Ich bin einigermaßen überrascht, dass man dieses Postulat ablehnen kann. Es ist ein wichtiges Postulat auf dem Weg zur Realisierung des DBL. Die Begründung von Bernhard Steiner überrascht mich aber noch mehr. Er sagt, es sei quasi ein Husarenritt, die Komplexität herunterzubrechen und das Projekt als Goldstück zu verkaufen. Ich finde, dass es die Pflicht des Regierungsrates ist, komplexe Projekte herunterzubrechen, sodass sie umgesetzt werden können, und der Bevölkerung zu erklären, warum sie realisiert werden sollen. 50 Prozent der Regierungsarbeit ist Kommunikation darüber, was wie umgesetzt werden soll. Der Vorstoss verlangt aufzuzeigen, welche Investitionen notwendig sind, damit der Kanton Luzern den maximalen Nutzen aus dem DBL ziehen kann – den maximalen Nutzen für die gesamte Region, nicht nur für die Agglomeration. Das S-Bahn-System dient auch als Zuleitung aus dem Entlebuch und dem Seetal. Der DBL ist ein integrales öV-Projekt. Deshalb ist eine vorausschauende Planung extrem wichtig. Ich komme nochmals zurück zur Kommunikation: Wir müssen immer wieder betonen, dass der DBL nicht einfach ein Luxusprojekt ist, damit wir etwas schneller in Zürich sind, sondern dass es um ein

S-Bahn-System geht, das seinen Namen auch verdient. Wir müssen die Betroffenen zu Beteiligten machen. Das Tunnelportal in Ebikon oder die Abstellanlage in Dierikon sind solche Projekte, bei denen die Betroffenen mit einbezogen werden müssen, damit das Projekt DBL zum Fliegen gebracht werden kann. Der DBL ist für den Kanton Luzern das wichtigste Projekt im 21. Jahrhundert.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Es ist tatsächlich so, dass der DBL für Luzern in ganz verschiedenen Belangen ein sehr zentrales Projekt ist. Die Politik arbeitet bereits sehr lange daran. Wenn wir erfolgreich sein wollen, gelingt uns das nur, wenn wir das mit vereinten Kräften tun. Uns in dieser Frage auseinanderzuidividieren, ist vermutlich kein guter Tipp. Der DBL ist ein Meilenstein für die Mobilität in unserem Kanton, aber auch in der ganzen Zentralschweiz und sogar darüber hinaus, wenn man die Verbindungen anschaut. Unser Ziel ist es, für die Region Zentralschweiz einen möglichst grossen Nutzen aus diesem Projekt ziehen zu können. Wir wollen häufigere und schnellere Verbindungen, zum Beispiel bei den Interregio- und Regionalexpressverbindungen, und in die nationalen Zentren mindestens einen Halbstundentakt. Die Verbindungen aus der Westschweiz und von Bern usw. werden um 20 Minuten schneller. Wenn man heute über Olten oder sogar Zürich fährt, ist die Differenz oft relativ bescheiden. Wir wollen eine touristisch attraktivere Verbindung nach Mailand und ins Tessin. Auf den Hauptachsen wollen wir bei der S-Bahn den Viertelstundentakt. Selbstverständlich wollen wir auch eine Verknüpfung bei den Drehscheiben mit dem Busangebot. Deshalb setzen wir uns auf allen Stufen dafür ein, dass uns das gelingt. Wir sind mit den Behörden in Bern in regelmässigem Austausch und pflegen den Kontakt mit dem Bundesrat und den Parlamentariern und Parlamentarierinnen der entsprechenden Kommissionen. Selbstverständlich pflegen wir auch in den interkantonalen Konferenzen den Austausch. Wir müssen uns bewusst sein, dass es in der Schweiz eine Wechselwirkung gibt. Die verschiedenen Regionen kämpfen für ihre Projekte. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns gut vernetzen und geeint dahinterstehen. Das Komitee DBL hat eine Petition unterschrieben, auf der man sich auch als Kantonrätin oder Kantonsrat eintragen kann. Die Unterstützung ist gut; Parteien, Verbände, Wirtschaft und Mobilität stehen dahinter. Wir sind überzeugt, dass das für die Region Zentralschweiz wichtig ist. In diesem Sinn bitte ich Sie, der Erheblicherklärung zuzustimmen.

Der Rat erklärt das Postulat erheblich. Das Resultat kann infolge Ausfall des elektronischen Abstimmungssystems nicht in Zahlen wiedergegeben werden. Gemäss § 60 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Kantonsrates erheben sich die Ratsmitglieder bei einem Ausfall des elektronischen Abstimmungssystems zur offenen Stimmabgabe von den Sitzen.